

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

5. Sitzung vom Montag, 24. November 2014, 18.00 – 19.18 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Protokollführer

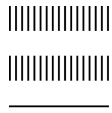
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

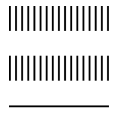
- 37 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

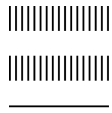
- Elmar Bertschinger, Ratspräsident
- Nadia Kuhn, Einwohnerrätin
- Marcel Thüler, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahme	
Inpflichtnahme von Verena Schmid Schürpf, SP/JUSO, sp (anstelle von Benjamin Gut, SP/JUSO, sp)	105
2. Mitteilungen	105
3. Ersatzwahlen	
GK 64 Ersatzwahl einer Stimmenzählerin/eines Stimmenzählers des Einwohnerrates für das Jahr 2015 (anstelle von Barbara Willi- segger, SVP)	106
GK 65 Ersatzwahl eines/einer Abgeordneten für die Gemeindever- bände Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ und „KVA“ für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (anstelle von Benjamin Gut, SP/JUSO, sp)	107
4. Einbürgerungen	
3 Einbürgerungsgesuche (GK 61 bis GK 63)	108
5. Entsorgung	
GK 60 Aufhebung Hauptsammelstelle Werkhof und Auslagerung Wert- stoffsammlung – Änderung des Abfallreglements	108
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 50 Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) vom 23. Juni 2014 betr. Transparenz bei öffentlichen Mandaten, deren Entschä- digungen und Zeitaufwände (Begründung; Antwort Stadtrat)	111
GK 52 Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Benutzer- freundliche Schalteröffnungszeiten Vol. II (Begründung; Antwort Stadtrat)	111
GK 10 Postulat „600 Jahre Zofingen in der Eidgenossenschaft“ – Ver- zicht auf ein Stadtfest (Bericht des Stadtrates vom 11. Novem- ber 2014)	111



GK 70 Interpellation der FDP-Fraktion vom 20. November 2014 betr. Rechtsstreit Zofingen v/s Aargauische Pensionskasse (APK) – Aufforderung zur öffentlichen Stellungnahme mit Antrag auf Dringlicherklärung	112
7. Umfrage	115



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Die Vizepräsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die anwesenden Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die Medienvertreter und die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne.

Sie gibt die weitere krankheitsbedingte Absenz des Einwohnerratspräsidenten bekannt und bittet die Einwohnerratsmitglieder, die vorbereitete Genesungskarte zu unterschreiben, mit welcher ihm weiterhin gute Besserung gewünscht wird.

Im Weiteren gibt sie die Entschuldigungen von Nadia Kuhn und Marcel Thüler bekannt.

Inpflichtnahme

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Die Einwohnerrätin Verena Schmid Schürpf wird speziell begrüsst und gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Arthur Senn, Ratssekretär

Er verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die Einwohnerrätin Verena Schmid Schürpf leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

(Applaus)

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

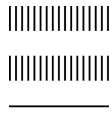
Für das Engagement zum Wohl der Stadt wird der neuen Einwohnerrätin der Dank ausgesprochen und es wird ihr viel Freude für die politische Arbeit gewünscht.

Der Rat ist mit **37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die zur Diskussion gestellte – ergänzte – **Traktandenliste** vom 13. November 2014 wird ohne Änderungen **genehmigt**. Über die Interpellation der FDP-Fraktion wird vor der Umfrage befunden.

Mitteilungen

Marco Arni und seine Ehefrau Miriam Wetter Arni sind wieder Eltern geworden. Die Vizepräsidentin gratuliert ihnen zur Geburt ihrer Tochter Lia Malin. Auch **Hansruedi** und Janice **Hauri** sind erneut Eltern geworden. Ihnen wird zu ihrem Sohn Joshua gratuliert. Den beiden Einwohnerräten werden die obligaten Geschenke überreicht.



Für Dienstag, 2. Dezember 2014 war im Alten Gericht von 19.00 bis 20.00 Uhr eine **Informationsveranstaltung** der Abteilung Kind Jugend Familie zum Thema „**Open Sunday Zofingen**“ geplant. Zu diesem Anlass wurden die Damen und Herren des Einwohnerrates mit E-Mail vom 13. November 2014 eingeladen. Leider musste der Anlass mangels Anmeldungen wieder abgesagt werden.

Mit E-Mail vom 21. Oktober 2014 an die Einwohnerratsmitglieder erfolgte die nachträgliche **Information** über den **Eingang der Interpellation der DYM betr. Abdankungshalle**.

Die aktualisierte **Adressliste** und die aktuelle **Sitzordnung** wurde den Einwohnerratsmitgliedern am Freitagnachmittag, 21. November 2014 per E-Mail zugestellt.

Als **Tischaufgabe** erhalten die Ratsmitglieder die am 20. November 2014 von der FDP-Fraktion mit dem **Antrag auf Dringlicherklärung** eingereichte **Interpellation** betr. Rechtsstreit Zofingen v/s Aargauische Pensionskasse (APK) – Aufforderung zu öffentlichen Stellungnahme sowie die **Hauszeitung „Ineluege“** des Seniorenzentrums Rosenberg und Tanner.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. Oktober 2014** wurde am Mittwoch, 20. November per E-Mail **verschickt**, die Einwendefrist läuft am 1. Dezember 2014 ab.

Neueingänge

Nebst der Interpellation der FDP-Fraktion sind keine weiteren parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Art. 28

Ersatzwahlen

GK 64

Ersatzwahl einer Stimmzählerin/eines Stimmzählers des Einwohnerrates für das Jahr 2015 (anstelle von Barbara Willisegger, SVP)

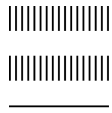
Barbara Willisegger (SVP) hat aufgrund ihrer Wahl in die FGPK ihre Demission als Stimmzählerin des Einwohnerrates per 31. Dezember 2014 eingereicht und muss ersetzt werden. Das Wahlbüro für alle vorzunehmenden Wahlen wird wie folgt vorgeschlagen:

- Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv.
- Tom Eichenberger, Stadtweibel
- Gabriele Nauer, DYM/parteilos und
- Pascal Stenz, FDP

Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt.

Die Wahlzettel für alle 3 zu vorzunehmenden Wahlen liegen bereits an den Plätzen der Einwohnerratsmitglieder bereit.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.



Es erfolgen keine Wortmeldungen zu den Nominationen von Nadia Kuhn als Stimmzählerin und Michael Wacker als Abgeordneter erzo „ARA“ und KVA“.

Ergebnis der Ersatzwahl

Eingelangt sind 37 Stimmzettel, davon war keiner leer oder ungültig. Somit fallen 37 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 19

Die vorgeschlagene Nadia Kuhn, SVP, wird mit 36 Stimmen (1 vereinzelt Stimme) als Stimmzählerin des Einwohnerrates gewählt.

Da die Gewählte krank ist und an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, wird die Wahlannahmeerklärung auf schriftlichem Weg eingeholt.

GK 65

Ersatzwahl eines/einer Abgeordneten für die Gemeindeverbände Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ und „KVA“ für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (anstelle von Benjamin Gut, SP/JUSO, sp)

Ebenfalls ersetzt werden muss Benjamin Gut (SP/JUSO, sp) in seiner Funktion als Abgeordneter für die Gemeindeverbände Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ und „KVA“ für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17.

Ergebnis der Ersatzwahl eines Abgeordneten im Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“

Eingelangt sind 34 Stimmzettel, davon war keiner leer oder ungültig. Somit fallen 34 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 18

Der vorgeschlagene Michael Wacker, SP/JUSO, sp, wird mit 33 Stimmen (1 vereinzelt Stimme) als Abgeordneter für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ gewählt.

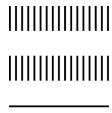
Ergebnis der Ersatzwahl eines Abgeordneten im Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „KVA“

Eingelangt sind 34 Stimmzettel, davon war keiner leer oder ungültig. Somit fallen 34 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 18

Der vorgeschlagene Michael Wacker, SP/JUSO, sp, wird mit 31 Stimmen (3 vereinzelt Stimmen) als Abgeordneter für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „KVA“ gewählt.

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl als Abgeordneter für die Gemeindeverbände Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ und „KVA“.

(Applaus)



Art. 29

Einbürgerungen

GK 61 bis GK 63

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Die Geschäfte GK 61 bis GK 63 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Liliane Hofer, Referentin FGPK

Am 6. November 2014 hat die FGPK gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission allen 3 Gesuchen einstimmig zugestimmt. Sämtliche Gesuchsteller sind bestens integriert, haben ihre Ausbildungen in der Schweiz absolviert und sind hier geboren. Die Gesuche gaben zu keinen Diskussionen Anlass. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 61

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 62

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 63

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 30

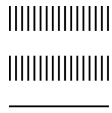
Entsorgung

GK 60

Aufhebung Hauptsammelstelle Werkhof und Auslagerung Wertstoffsammlung – Änderung des Abfallreglements

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

In der Sitzung vom 6. November 2014 hat sich die FGPK mit der Auslagerung der Hauptsammelstelle befasst. Anwesend waren die zuständige Stadträtin Käthi Hagmann sowie der Leiter Werkhof,



Christoph Wälti. Ergänzende Ausführungen erfolgten zudem durch Stadtammann und Vizeammann, welche sich – da ebenfalls anwesend – aktiv an der Beratung beteiligten.

Die aktuelle Situation rund um den Werkhof ist bekannt und nicht zufriedenstellend. Nachdem man im Rahmen der Sparmassnahmen festgestellt hat, dass bei Auflösung der Sammelstelle CHF 45'000 bis CHF 50'000 eingespart werden können und zudem ein Anbieter vorhanden ist, welcher ein grosses Recycling-Center betreibt, hat man sich zur Auslagerung entschlossen.

Etwas unschön ist die Tatsache, dass sich das Recycling-Center auf einem Areal befindet, welches man gerne anders nutzen möchte. Die Lage sowie die Bodenbelastung waren fast Hauptthema bei den Beratungen. Vizeammann Hans-Martin Plüss konnte bezüglich Bodenbelastung umfassend Auskunft erteilen. Die beiden Pfropfen im Boden stellen keine akute Gefahr dar, müssten jedoch bei einer grösseren baulichen Tätigkeit auf dem Areal komplett entfernt werden. Es ist aber festzustellen, dass die Firma Gloor auch weiterhin an diesem Standort ihr Geschäft betreiben wird – unabhängig davon, ob die Stadt ihre Wertstoffsammlung auslagert – da sie über sämtliche notwendigen Bewilligungen verfügt.

Obwohl sich mit Abfall Geld verdienen liesse, handelt es sich um ein reines Massengeschäft, bei welchem Synergien genutzt werden müssen. Ausserdem entsorgt die Bevölkerung ihren Abfall beim günstigsten Anbieter. Wollte man als Gemeinde Gewinne erzielen, müsste man kundenfreundlicher und günstiger sein als alle anderen. Dadurch, dass die bestehenden Recycling-Center meist einem Transportunternehmen gehören, können so Synergien genutzt und die Kosten tief gehalten werden.

Bei der Auslagerung entstehen für die Stadt Zofingen praktisch keine Kosten. Auch für den Bürger wird die Entsorgung nicht teurer, da das Gratis-Entsorgungsangebot dem bisherigen im Werkhof nicht nur entspricht, sondern noch umfassender ist. Zudem sind die Öffnungszeiten im Recycling-Center massiv besser als im Werkhof. Hervorzuheben gilt es noch, dass der Gesamt-Erlös für das abgegebene Altglas im Betrag von ca. CHF 45'000 weiterhin uneingeschränkt in die Stadtkasse fliesst – auch wenn die Abgabe im Recycling-Center erfolgt. Allerdings erhält die Stadt beziehungsweise die Schule keinen Anteil an dem beim Recycling-Center abgegebenen Altpapier und Karton. Zu guter Letzt erfolgt der Hinweis auf die Senkung der Grundgebühren um CHF 5 bei Zustimmung zur Auslagerung.

Die FGPK hat festgestellt, dass es sich um eine Win-win-Situation für alle Beteiligte handelt und empfiehlt die Annahme des stadträtlichen Antrags mit 5:1 Stimmen (bei 3 Abwesenheiten).

Der FGPK-Präsident nutzt die Gelegenheit und bedankt sich an dieser Stelle für das Vertrauen, welches ihm mit seiner Wahl am 24. März 2014 ausgesprochen wurde und stellt fest, dass es keine grosse Kunst ist, ein Präsidium zu führen, wenn man verlässliche und partnerschaftliche Kommissionsmitglieder hat. Er bedankt sich allgemein – aber insbesondere auch bei den Mitgliedern, die nie an einer FGPK-Sitzung gefehlt haben (Michael Wacker, Marcel Thüler und Barbara Willisegger, welche seit ihrer Wahl ebenfalls immer anwesend war) – für ihr Engagement und die sorgfältige und kritische Prüfung aller Geschäfte.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Im Zeitalter des Recyclings ist aus einer lästigen Pflicht der Gemeinden ein mehr oder weniger lukratives Geschäft geworden, in welchem auch private Unternehmen mitmischen können. Da die Entsorgung durch private Unternehmen in gleicher Qualität möglich ist, beantragt der Stadtrat die Auslagerung der Sammelstelle. Der von der Firma Gloor angebotene Service kann vom städtischen Werkhof nicht getoppt werden. Zudem ist der Status quo keine Option, da die Situation beim Werk-

hof - gelinde ausgedrückt - prekär ist. Ohne eine Verschiebung des Standortes kann diese Sammelstelle keinesfalls aufrechterhalten werden. Aus Sicht der Dynamischen Mitte handelt es sich um eine sinnvolle und flexible Lösung, welche zu einem Qualitätsgewinn führt.

Kritisiert wird jedoch, dass in der Vorlage nicht ausführlicher und transparenter verschiedene Varianten dargelegt wurden (hat man noch andere Anbieter angefragt; welche Konditionen haben andere Gemeinden erhalten; Möglichkeiten für gemeindeübergreifende Lösungen; stadt eigene Lösung an einem anderen Standort etc.). Aufgrund dieser fehlenden Informationen kann schlecht eingeschätzt werden, wie die vorgeschlagene Lösung einzuordnen ist. Auch stellt sich die Frage nach der Längerfristigkeit einer Lösung auf diesem Areal. Es zeichnet sich noch nicht ab, wie dieses Areal zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden soll.

Die Dynamische Mitte wird dem Antrag zustimmen, da vieles für die vorgeschlagene Lösung spricht. Vielleicht kann in der Debatte noch die eine oder andere Information zu den vorgenannten Punkten einfließen.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft mit einem „Ja, aber“ zustimmen. Es scheint fraglich, ob es sich tatsächlich um eine Win-win-Situation handelt. Klar feststeht, dass die heutige Situation bei der Hauptsammelstelle verkehrstechnisch sehr ungünstig ist, daher stellt sich die Frage nach den Alternativen. Der Stadtrat hat die Firma Gloor auserkoren, welche ihren Standort auf dem HKZ-Areal hat. Obwohl man in der SP/JUSO-Fraktion über den Standort nicht sehr erfreut ist, scheint es sich momentan um die einzig brauchbare Lösung zu handeln. Eine Auslagerung der Wertstoffsammlung nach Reiden, Strengelbach oder Oftringen scheint nicht angebracht, da es sich beim zukünftigen Anbieter um eine ortsansässige Firma handelt, welche in Zofingen Steuern bezahlt.

In der SP/JUSO-Fraktion stellte man Überlegungen für die Zukunft an. Weshalb die Entsorgung nicht kommunal oder regional organisieren? Beispielsweise bei der erzo – Entsorgung Region Zofingen – in Oftringen. Die erzo ist auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern. Warum also nicht dort eine interkommunale Wertstoffsammelstelle ins Auge fassen?

Abschliessend erwähnt er nochmals, dass die SP/JUSO-Fraktion über die Zwischennutzung des HKZ-Areals nicht erfreut ist, da dieses Grundstück weit besser genutzt werden könnte. Trotzdem handelt es sich im heutigen Zeitpunkt um eine gute Lösung, welche Zustimmung erhalten wird.

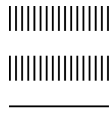
Rudolf Günthardt, FDP

Auch die FDP-Fraktion wird GK 60 zustimmen. Es wird als grundsätzlich positiv erachtet, Aufgaben der öffentlichen Hand an private Spezialisten auszulagern, wenn es sich nicht um Kernkompetenzen handelt. Auch positiv bewertet werden die kundenfreundlichen Öffnungszeiten, welche die Firma Gloor anbietet. Mit dieser Zustimmung der FDP ist jedoch kein Freipass für zusätzliche Stellen im Werkhof verbunden. Es wird angezweifelt, dass es sich nur um ein Stellenpensum von 40 % handelt, welches für die Hauptsammelstelle aufgewendet wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine Zustimmung zu zusätzlichen Stellenprozenten erfolgen. Allenfalls ist dieses Thema im Rahmen des Budgets 2016 zu behandeln. Jedoch wäre in einem solchen Fall grosse Überzeugungsarbeit zu leisten.

Zum Schluss gibt es noch Klärungsbedarf bei der Preisliste. Bei der gewerblichen Entsorgung von Speiseöl erhalten die Ablieferer eine Vergütung. Aus welchem Grund müssen dann Private für die Entsorgung von Speiseöl bezahlen?

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:



Der Aufhebung der Hauptsammelstelle im Werkhof sei unter gleichzeitiger Genehmigung der notwendigen Anpassungen des Abfallreglements mit Wirkung ab 1. Januar 2015 zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 31

Parlamentarische Vorstösse

GK 50

Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) vom 23. Juni 2014 betr. Transparenz bei öffentlichen Mandaten, deren Entschädigungen und Zeitaufwände (Begründung; Antwort Stadtrat)

Urs Plüss, DYM/EVP

Er dankt für die Antwort, die ihn jedoch nicht zufriedenstellt. Der zeitliche Aufwand wurde nicht beantwortet. Er hätte sich eine detailliertere Beantwortung gewünscht.

GK 52

Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Benutzerfreundliche Schalteröffnungszeiten Vol. II (Begründung; Antwort Stadtrat)

Franziska Kremer, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass nach nunmehr 7 Jahren endlich ein Beschluss gefasst wurde und die Öffnungszeiten den Kundenbedürfnissen angepasst werden. Trotzdem sollen die Schalteröffnungszeiten weiter im Auge behalten werden, damit diese gegebenenfalls angepasst oder weiter ausgebaut werden können. Es stellt sich auch die Frage, ob die Öffnungszeiten bei der Stadtbibliothek überdacht werden könnten. Sie bedankt sich für die neuen Schalteröffnungszeiten.

GK 10

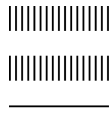
Postulat "600 Jahre Zofingen in der Eidgenossenschaft" – Verzicht auf ein Stadtfest (Bericht des Stadtrates vom 11. November 2014)

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Er ist nicht zufrieden mit dem Ablauf der Umfrage, ob ein Stadtfest organisiert werden soll oder nicht. Zudem wurde der Prozess viel zu sehr in die Länge gezogen, daraus ist klar geworden, dass der Stadtrat von Anfang an kein Stadtfest durchführen wollte.

Obwohl das Postulat nicht auf die Durchführung eines Stadtfestes reduziert werden kann – ein solches ist nicht zwingend, um das Jubiläum zu feiern – hält er das Vorgehen zur Verhinderung des Festes für fragwürdig. Marco Arni ist der Ansicht, es wäre ehrlicher gewesen, von Anfang an dazu zu stehen, dass man kein solches organisieren will.

Er ist grundsätzlich nicht begeistert darüber, wie die Exekutive Vorstösse handhabt, welche unliebsame Punkte enthalten. Der Einwohnerrat kann nach Überweisung eines Vorstosses lediglich noch vom Bericht des Stadtrates Kenntnis nehmen. Trotzdem bedankt er sich für die geleistete Arbeit.



Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Die Diskussion ist offen. Das Wort wird jedoch nicht weiter verlangt.

GK 70

Interpellation der FDP-Fraktion vom 20. November 2014 betr. Rechtsstreit Zofingen v/s Aargauische Pensionskasse (APK) – Aufforderung zur öffentlichen Stellungnahme mit Antrag auf Dringlicherklärung

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Da die Interpellation mit einem Antrag auf Dringlicherklärung eingereicht wurde, ist zuerst über diesen Antrag zu diskutieren und abzustimmen.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Das Thema APK und die Problematik mit der Ausfinanzierung hat eine immense Dimension angenommen. Den Nettoinvestitionen im Finanzplan 2015 - 2024 von netto CHF 61 Mio. steht nun ein Betrag von rund 1/3 dieser Investitionen aufgrund eines Urteils im Musterprozess gegen Rudolfstetten-Friedlisberg entgegen. Um wie viel es sich genau handelt, ist nicht bekannt. Daher soll darüber Auskunft erteilt werden, da es sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft – kurz alle Steuerzahlenden in Zofingen – betrifft. Natürlich wurden gewisse Fragen bereits beantwortet; deswegen wird darum gebeten, diejenigen Punkte zu beantworten, welche von Interesse sind. Dies sind insbesondere die Punkte 5 und 6 der Interpellation. Er bittet um die Unterstützung der Dringlicherklärung.

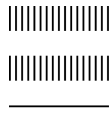
Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Er begrüsst die FDP in der Politik und ist erfreut, dass sich diese Partei nun auch beteiligt. Er findet es schade, dass die FDP an der letzten FGPK-Sitzung nicht vertreten war, denn an dieser Sitzung wurde das Thema APK traktandiert und thematisiert. So erfolgte dort eine umfassende Information durch Stadtmann Hottiger und die meisten – wenn auch nicht alle – Fragen in der Interpellation wurden an dieser Stelle bereits beantwortet. Nachdem die FGPK-Protokolle jeweils auch allen Einwohnerratsmitgliedern zugestellt werden, sollte man davon ausgehen können, dass diese Protokolle auch gelesen werden. Damit würde man den FGPK-Mitgliedern Respekt für ihre Arbeit zollen.

Aus diesen Gründen empfindet er die eingereichte Interpellation sowie den Antrag auf Dringlicherklärung als Affront. Er ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, auch aufgrund der Tatsache, dass von Seiten des Stadtrates die finanziellen Folgen nie verheimlicht wurden. Die Einwohnerratsmitglieder können sich nun nicht auf den Standpunkt stellen, sie hätten davon nichts gewusst. Der FGPK-Präsident steht voll und ganz hinter dem Stadtrat und seinen Entscheidungen. Er würde es sogar verstehen, wenn aufgrund des laufenden Verfahrens heute keine Auskünfte erteilt würden.

Urs Plüss, DYM/EVP

Er weist darauf hin, dass er bei der Budgetdebatte bereits den Hinweis auf diese Kosten angebracht hatte. Daher befürwortet er die Interpellation wegen des öffentlichen Interesses, ist jedoch der Meinung, eine Dringlicherklärung sei nicht notwendig. Die Beantwortung der Fragen hat keinen Einfluss auf den Prozess.



Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Die FGPK wurde informiert, die Antworten auf die 6 Fragen der FDP können im Protokoll der letzten FGPK-Sitzung mehr oder weniger nachgelesen werden. Er bringt dem Antrag auf Dringlicherklärung jedoch Verständnis entgegen, da in der Zeitung vom vergangenen Freitag auf der Frontseite des Regionalteils ein Artikel zu diesem Thema zu finden war.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Obwohl an der letzten FGPK-Sitzung aktuelle Informationen erfolgten, kann sich der Stadtrat mit der Dringlicherklärung einverstanden erklären.

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den Antrag auf Dringlicherklärung.

Dem Antrag auf Dringlicherklärung der Interpellation wird mit 32:2 Stimmen zugestimmt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Einleitend wird festgehalten, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat auf seine Sitzung vom 27. August 2007 im Zusammenhang mit den angekündigten Änderungen bei der bisherigen Pensionskasse APK per 1. Januar 2008 (u.a. Einlage in eine Wertschwankungsreserve, Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) eine Vorlage zum Wechsel der Pensionskasse von der APK zur Comunitas vorlegte. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Gesamtkosten bei einem Verbleib bei der APK für Ausfinanzierung, Einlage Wertschwankungsreserve sowie teilweisen Besitzstand hätten für die Einwohnergemeinde Zofingen als Arbeitgeberin rund CHF 16 Mio. betragen.
- Der gleiche Gesamtbetrag an die APK wäre fällig geworden bei einem Wechsel zu einer anderen Pensionskasse.
- Zwei von der Stadt Zofingen angestrebte Rechtsgutachten hatten ergeben, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass bei einem Wechsel der Pensionskasse vor dem Inkrafttreten der neuen Erlasse die Ausfinanzierungskosten für die Einwohnergemeinde einiges geringer ausfallen würden.
- Das Vertrauen des Stadtrates als Arbeitgebervertreter sowie der versicherten Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde in die bestehende Pensionskasse APK war aufgrund der als ungerecht empfundene Ausfinanzierungsmodalitäten stark angeschlagen.

Ein Verbleib sowie ein Wechsel der Pensionskasse mit Ausfinanzierung der APK hätte also die Einwohnergemeinde damals in beiden Fällen rund CHF 16 Mio. gekostet. Der Stadtrat erachtete es aufgrund des möglichen Einsparungspotenzials als seine Pflicht, den Austritt trotz eines gewissen Prozessrisikos zu beantragen. Der Einwohnerrat folgte in der Beratung dieser Einschätzung.

Der Stadttammann beantwortet die konkreten Fragen in der Interpellation wie folgt:

Frage 1: Hat der Bundesgerichtsentscheid im Verfahren zwischen der APK und der Gemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg eine präjudizierende Wirkung auf das Verfahren gegen Zofingen?

Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 8. Juli 2014 die Beschwerde der APK gegen den Entscheid des Versicherungsgerichtes des Kantons Aargau vom 29. Oktober 2013 wider Erwarten in grossen Teilen gutgeheissen. Aufgrund dieses Urteils hat die APK am 3. Oktober 2014 der Einwohnergemeinde Zofingen eine Zahlungsaufforderung für die Schlussabrechnung für sämtliche angeschlossene

nen Institutionen in der Höhe von rund CHF 30 Mio., inkl. aufgelaufener Zinsen per 31. Oktober 2014, zukommen lassen.

In diesem Sinne wird das Urteil im Musterprozess gegen die Gemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg zumindest in grösseren Teilen präjudizierende Wirkung auf das Verfahren gegen Zofingen haben. Anwalt Peter Rösler hat eine umfassende Analyse vorgenommen und dem Stadtrat einige Handlungsoptionen aufgezeigt, in welchen der Fall Rudolfstetten-Friedlisberg vom Fall Zofingen abweicht. Insbesondere ist dies die Frage der Rentner, welche Zofingen bei der APK belassen hat. Dies aufgrund eines anderen Bundesgerichtsurteils, bezogen auf den gleichen Anschlussvertrag, welcher auch für Zofingen gilt. Ein weiterer Punkt ist die Anrechnung der damaligen vollen Ausfinanzierung der eingebrachten aktiv Versicherten beim Wechsel im Jahre 1984. Zudem muss noch die Frage der Mitgabe resp. Ausfinanzierung der technischen Rückstellungen diskutiert werden.

Frage 2: Wie ist der aktuelle Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen der APK und den vier Zofinger Rechtskörperschaften?

Im Moment gibt es zwischen der APK und Zofingen keine gerichtliche Auseinandersetzung. Die Einwohnergemeinde Zofingen hat von der APK Bezug nehmend auf das Bundesgerichtsurteil im Falle Rudolfstetten-Friedlisberg eine Abrechnung erhalten und unterschrieb einen Verjährungsverzicht. Eingeklagt wurde der Betrag seitens der APK jedoch noch nicht. Anwalt Rösler wird der APK ein Schreiben zukommen lassen, in welchem die in Frage 1 erwähnten zu diskutierenden Punkte aufgelistet werden. Bei der StWZ Energie AG liegt der Sachverhalt etwas anders. Die StWZ hat den neueren Anschlussvertrag unterzeichnet und die Rentner beim Wechsel auch mitgenommen. Für sie stellt sich jedoch auch die Frage der Anrechnung der damals vollen Ausfinanzierung der eingebrachten aktiv Versicherten.

Frage 3: Sollte sich der Bundesgerichtsentscheid auch für Zofingen negativ auswirken, mit welchen konkreten Auswirkungen rechnet der Stadtrat?

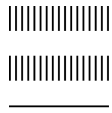
Bei einer vollen Ausfinanzierung inkl. Wertschwankungsreserven und Zinsen per Ende Oktober 2014 müsste die Einwohnergemeinde Zofingen gut CHF 20 Mio., die Ortsbürgergemeinde CHF 0,78 Mio., der Forstbetrieb Region Zofingen CHF 1,47 Mio., die Berufsschulen CHF 7,45 Mio., die Ref. Kirchgemeinde CHF 0,23 Mio. und die HPS CHF 0,365 Mio. bezahlen. Die StWZ hat direkt eine Abrechnung erhalten; dieser Betrag beläuft sich auf CHF 4,7 Mio.

Frage 4: Bestehen für die im Falle eines negativen Entscheides zu zahlenden Leistungen Rückstellungen?

Im Rahmen der Einführung von HRM2 wurden bei der Einwohnergemeinde, der Ortsbürgergemeinde und dem Forstbetrieb per 1. Januar 2014 in vollem Umfang Rückstellungen zu Lasten der Aufwertungsreserven vorgenommen. Der Einwohnerrat hat am 27. August 2007 mit GK 95 für die Ausfinanzierungskosten der BVG-Unterdeckung der aktiv Versicherten, die Besitzstandskosten und die Anteile von Dritten für die Ausfinanzierung insgesamt einen Kredit von CHF 8 Mio. bewilligt, davon stehen noch knapp CHF 5,6 Mio. zur Verfügung. Die Berufsschulen haben keine Rückstellungen, sie müssen die Ausfinanzierung teilweise zu Lasten des bestehenden Vermögens und mit höheren Schulgeldbeiträgen refinanzieren. Die StWZ, der Forstbetrieb und die Ortsbürgergemeinde haben die entsprechenden Beträge zurückgestellt.

Frage 5: Haben die möglichen Auswirkungen Einfluss auf den allgemeinen Finanzplan, das Budget sowie auf den Investitionsplan der Stadt? Wenn ja, hat der Stadtrat im Zuge der Budgeterarbeitung verschiedene Varianten ausgearbeitet, wie er die beträchtlichen zusätzlichen Ausgaben auffangen bzw. kompensieren wird?

Im Budget und im Finanzplan ist dieses Szenario nicht enthalten, da nach dem Entscheid des Versicherungsgerichtes davon ausgegangen werden durfte, dass das Bundesgericht diesen Entscheid bestätigen wird. Das Budget wird direkt nur durch höhere Zinslasten belastet, weil das Geld auf dem



Kapitalmarkt beschafft werden muss. Dank des tiefen Zinsniveaus sind mittelfristig mit jährlich zusätzlichen Zinskosten von rund CHF 0,2 Mio. zu rechnen (Annahme max. 1 % Zins auf eine Laufzeit von 5 Jahren). Im Rahmen der Bildung der Rückstellungen zu Lasten der Auf- und Neubewertungsreserven gemäss HRM2 ist das neue Eigenkapital um diese Rückstellung tiefer ausgefallen. Die Einwohnergemeinde Zofingen weist per 1. Januar 2014 nun eine Nettoschuld von CHF 8,6 Mio. aus. Selbstverständlich müssen diese Schulden innert nützlicher Frist wieder abgetragen werden, sie bringen das finanzielle Gleichgewicht der Gemeinde jedoch nicht aus dem Lot.

Der Stadtrat will am eingeschlagenen Kurs der Budgetoptimierung zwecks Erreichung einer höheren Selbstfinanzierung für eine solide Finanzierung der hohen Investitionen unabhängig der möglichen vollen oder zumindest teilweisen APK-Ausfinanzierung festhalten. Es soll deswegen auch zu keinem Leistungsabbau kommen.

Die Vorwärtsstrategie und die Optimierungsmassnahmen zeigen im laufenden Jahr erfreuliche Auswirkungen, es wird mit einer um einiges höheren Selbstfinanzierung gerechnet als budgetiert. Die Kosten können über alle Bereiche hinweg im Griff gehalten werden und die Steuereinnahmen entwickeln sich deutlich über den Budgeterwartungen.

Frage 6: Hat der Stadtrat das weitere Vorgehen im Falle einer negativen Entwicklung in der Sache festgelegt? Wie sehen mögliche Szenarien aus?

Wie bereits erwähnt, versucht die Einwohnergemeinde Zofingen die offenen Fragen einvernehmlich mit der APK zu lösen und so die Kosten zu optimieren. Sollte die APK nicht auf das Angebot eingehen, müssten weitere Schritte in Betracht gezogen werden. Details für das weitere Vorgehen können jetzt an dieser Stelle aber nicht erläutert werden.

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Die Interpellanten werden angefragt, ob sie mit dieser Antwort zufrieden sind.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Er bedankt sich für die erteilten Auskünfte. Es wurde nicht alles beantwortet, aber man hat einiges an Informationen erhalten. Er dankt den Ratsmitgliedern, dass sie die Dringlicherklärung unterstützt haben.

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, gilt die Interpellation als erledigt.

Art. 32

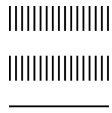
Umfrage

Von den Einwohnerratsmitgliedern werden keine Fragen gestellt.

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

Sie spricht Barbara Willisegger ihren Dank für die Mitarbeit im Jahr 2014 im Ratsbüro aus.

Es folgt der Hinweis auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 16. März 2015. Zugleich erwähnt sie den Neujahrsapéro vom 1. Januar 2015, 11.00 Uhr, im Stadtsaal. Die Vizepräsidentin muntert die Ratsmitglieder dazu auf, diesen zu besuchen, damit sie mit möglichst vielen Einwohnerratsmitgliedern auf das neue Jahr anstossen kann.



Anschliessend an diese Sitzung findet das gemeinsame Nachtessen im Hotel Zofingen statt. Die Vizepräsidentin freut sich, dass eine so grosse Schar daran teilnimmt. Die Sitzordnung wird anhand von Losen zugeteilt. Die Verteilung erfolgt durch Claudia Hauri und Barbara Willisegger.

Sie bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Die Sitzung wird um 19.18 Uhr geschlossen.

Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Vizepräsidentin

Arthur Senn
Protokollführer